



15 Pfennig

Gegenüber

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Voesische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wochentlich. Freitags- und Sonntagsblätter sind als Morgen- und Abendblatt wochentlich. Freitags- und Sonntagsblätter sind als Morgen- und Abendblatt wochentlich.

Wochentlich 1.-Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Carl Bernward Varnatz. Druck: im Ausg. d. Handelt. Carl M. G. G. Berlin. Druck: im Ausg. d. Handelt. Carl M. G. G. Berlin.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Postfach: Postfach 3000-3005, für den Verleger: Carl M. G. G. Berlin. Postfach: Postfach 3000-3005, für den Verleger: Carl M. G. G. Berlin.

Was Köhler nicht sagte

Als vor einem Jahr Dr. Reinhold im Reichstag seine Amtserklärung gab, war dieses das große Ereignis der inneren Politik. Nicht nur, weil hier ein neuer Mann aus dem Reich der Berliner politischen Szene trat, sondern weil sich durch sein Verhalten verstand, insonderheit weil jedermann wusste: in der Finanzpolitik des Deutschen Reiches muß eine Änderung eintreten, wenn die Staatshaushaltsbildung ein Ende haben soll.

Als gestern nach fast anderthalbjähriger Abwesenheit Reichsfinanzminister Dr. Köhler in die Reichskammer trat, war der geistige Eindruck der gleiche, den das Plenum des Reichstages bei der Vereidigung der Regierung im Jahre 1924 empfunden hatte. Die Regierung war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick.

Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick.

Über wir wissen ja mehr, wir wissen, daß dieser Dr. Köhler, der jetzt gleich Recht aus dem Ministerämte kommt, um die Finanzen des Reiches zu betreten, seine politischen Wurzeln tief in der Geschichte der deutschen Finanzpolitik hat. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick.

Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick.

Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick.

Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick. Die Reichsfinanzpolitik war nicht nur in der nächsten Zukunft gefordert, sondern auch im Augenblick.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

unbedingt notwendigen Entschärfungen für die Liquidationsgeschädigten, die sich aus dem hiesigen Schiedsgerichtsurteil ergeben, werden will. Ein leeres Wort, nicht weiter, über die Forderungen der Liquidationsgeschädigten. Mit einer Sonderbewegung wird der demotivierende Eindruck auf Umwandlung der Liquidationsgeschädigten in eine fünfprozentige Reichsanleihe beseitigt sein. Die einzige positive Aufgabe: der endgültige Finanzausgleich soll noch vor dem ersten April 1928 hinaus verzögert werden. So

Die Reichs-Statistik

Das Finanzprogramm des Reichstages

Die gestrige Reichstagsführung

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsführung stand als einziger Punkt die erste Beratung des Reichshaushalts für 1927 in Verbindung mit der ersten Beratung des vorläufigen Finanzausgleichs.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler betonte einleitend, daß der Haushaltsplan von seinem Vorgänger aufgestellt und von der neuen Regierung zu übernehmen übernommen worden sei. Das Haushaltsjahr 1928 schließt ohne Selbsttrag, sogar mit einem kleinen Überschuss ab.

Die Steuerentlastungsaktion des Jahres 1926 hat auf die Wirtschaft belebend und fröhlich eingewirkt. Die Umsatzerlöse sind im Vergleich mit dem Vorjahre um 774 Millionen zunehmen, die nur mit einem Aufwachsen von rund 840 Millionen zu rechnen ist. Das Argument, daß eine Ermäßigung der Steuerlast ein höheres Steueraufkommen zur Folge habe, hat sich also gerade bei der Umsatzerlöse, einer ausgleichenden Konjunktursteuer, nicht als zutreffend erwiesen, wie auch der erwartete Erfolg einer Preissetzung nicht eingetreten ist. Bei der Entlastung des Vermögenssteuertarifs läßt sich der affermative Ausfall schwer feststellen, während die Wirtschaftsinfluencer den Voranschlag nicht unbedingt übersehen wird.

Der Minister ging dann auf den Etat für 1927 näher ein und wies besonders auf die gesteigerte Reparationslast hin, die den ganzen inneren Etat unheilvoll beeinflusst.

Ich darf nicht verschweigen, so führte der Minister aus, daß die Volkswirtschaft im wesentlichen Etat nur (weiter) berichtigt ist. Das ist die Bilanz der Leistungen von dem Reichsfinanzminister. Die Volkswirtschaft im wesentlichen Etat nur (weiter) berichtigt ist. Das ist die Bilanz der Leistungen von dem Reichsfinanzminister.

Der Minister erklärte weiter, daß in der Frage der allgemeinen Erhöhung der Wäge der Steuern und der Arbeitsbeschäftigung die wiederholten gemachten Zusagen selbstverständlich noch Maßgabe sein müssen, um mehr als die Verbesserung der Beschäftigung eine dringende Staatsnotwendigkeit darstellt. Das bisherige System der Erhöhung einmaliger Beiträge sollte nicht unbedingt verlassen werden, es sei keine wirksame und dauerhafte Hilfe schaffen können. Aber auch hierfür haben im Etat 1927 noch kleinere Mittel zur Verfügung. Wenn man weiter die Belastung der Rentnerinnen berichtigt, so muß man die Maßnahme in Verbindung mit dem Voranschlag der Jahre 1927 als durchaus zutreffend bezeichnen. Die Hoffnung auf ein höheres Ergebnis der Entlastung und Steuererleichterung hat eine gewisse Berechtigung, doch wird auch diese Summe für eine Vermehrung der Beschäftigung nicht ausreichen sein.

Das für uns so harte Jahr 1927 trifft eine Wirtschaftslage, die nicht ohne Sorge ist. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1927 hat sich die Wirtschaft, die im Jahre 1926 eingetreten ist, im wesentlichen behaupten können. Man darf aber nicht übersehen, daß die Wirkungen, die vom englischen Verzögerungs-Entschärfungen ausgehen sind, allmählich wieder normalen Verhältnissen Platz machen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Zeit der Entlastung immer noch gefährlich ist. Eine Wirtschaft mit 1 1/2 Millionen Arbeitslosen ist von der Gesundung noch recht weit entfernt. Die Gesamtlage erscheint noch immer recht düster, insbesondere für die Wirtschaft an der Peripherie des Reiches, die in weitem Umfang noch außerordentlich schwer zu kämpfen hat. Schließlich muß das aus-

steht in der Frage der Finanzpolitik eines deutsch-nationalen Rakobinens aus.

Was wenig? O nein, es wird mehr darzutun werden, als uns allen lieb ist. Denn wenn die Reichsregierung, müssen die Wähler zugeben. So ist es noch immer gewesen, wenn es sich um die Reichsregierung handelt. Dem folgenden Reichstag über ist die wenig beachtenswerte Aufgabe zugefallen, als Reichsminister dieser Finanzpolitik zu fungieren.

R. L. n.

Wirtschaftslage und Steuerpolitik

Diese von Gefahren nicht freie Lage erfordert in erster Linie eine liberale pflichtige Behandlung der Steuerquellen, keine Steuererleichterungen, sondern eine nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten gesteuerte Finanz- und Steuerpolitik. Die Reichsregierung ist ersucht, ihre Politik durchaus nach diesen Gesichtspunkten einzurichten. Sie weiß, daß die Wirtschaft, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfaßt, gesunden muß, um Lasten tragen zu können. Es ist deshalb auch in keiner Weise ihr Wunsch, die Kommunen, so außerordentlich wichtig gewordenen Jahre mit einer Abnahme der Reichssteuerlast zu belasten. Unter unerschütterlicher Annahme der Steuerkraft der Wirtschaft, die Wirtschaft habe, so erklärte der Minister in einer Spitze gegen die nationalsozialistische Bewegung, durch die jegliche Steuerentlastung durchaus eine 'Schlacht verloren'.

Unser Steuerpolitik wird davon ausgehen, daß die Reformen des Jahres 1926 unter den Steuern in reichlicher und unbedingter Begehung die Gehalt gegeben hat, die die Grundzüge für unsere Weiterarbeit sein muß. Es würde nicht nur die Durchführung der Steuererleichterung überhaupt, sondern auch die Wirtschaft vor eine neue Benutzungsstellung stellen, wenn in irgendeiner wesentlichen Ausmaß mehrfache Änderungen eintreten würden. Ich möchte daher die Mahnung zu Gehobungsdiziplin auf dem Gebiete der Steuern nachdrücklich wiederholen.

Was einzig gefordert muß, ist eine wesentliche Vereinfachung der Erhebung und der Verwaltungsverfahren. Eine andere Frage ist selbstverständlich die der Höhe der Steuern, der Steuerkraft und Steuerkraft. Hier steht auf dem ersten Punkt, daß wir im Interesse unserer Volkswirtschaft mit allen Mitteln bedacht sein müssen neue Steuerquellen überhaupt zu vermeiden. Wir müssen uns unbedingt darauf beschränken, die Steuerkraft des Reiches zu erhalten, und es ergründen und einfinden müssen. Darüber hinaus muß es unser festes Ziel sein, mit Steuerentlastungen fortzufahren, wenn immer es nur mit unserer Staatslage vereinbar ist, denn die Gleichmäßigkeit der Steuerlasten muß für ein getragenes Volk gelten können. Ich möchte daher die Mahnung zu Gehobungsdiziplin auf dem Gebiete der Steuern nachdrücklich wiederholen.

Der Minister schloß weiter die liberale harte Arbeitserleichterung der Steuererleichterung. Es bedarf nicht, dadurch Erleichterung zu schaffen, daß die Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe und Grundstücke noch für ein getragenes Volk gelten können. Eine solche Steuererleichterung ist erst wieder im Jahre 1928 eintreten. Bei der Umsatzerlöse sollen vierprozentige Veranlagungen und Veranlagungen gefordert werden. Die Lohnsteuer soll fünf Prozent im Monat einmalig bezahlt werden.

Die Hauptaufgabe liegt gerade in der gleichmäßigen Erhaltung der Wirtschaft. Die im vergangenen Jahre erzielten Erfolge sind zu begrüßen, muß aber nicht übersehen werden, daß die Wirtschaftslage, die im vergangenen Jahre erzielten Erfolge sind zu begrüßen, muß aber nicht übersehen werden, daß die Wirtschaftslage, die im vergangenen Jahre erzielten Erfolge sind zu begrüßen, muß aber nicht übersehen werden.